

Abonnements:

Monatlich 85 Pfennig einschließlich
Trägerlohn; durch die Post bezogen
bei Selbstabholung vierteljährlich
Mark 2.65, monatlich 85 Pfennig.
Erscheint an allen Wochentagen
nachmittags.

Telegramm-Adresse:
„Volksstimme, Frankfurt/Main“.
Telephon-Anschluß:
Amt Hansa 7435, 7436, 7437.

Volksstimme

Inserate:
Die 6spalt. Petitzeile kostet 15 Pf.,
bei Wiederholung Rabatt nach Tarif.
Inserate für die tägliche Nummer
müssen bis abends 8 Uhr in der Ex-
pedition Wiesbaden aufgegeben
sein. Schluß der Inseratenannahme
in Frankfurt a. M. vorm. 9 Uhr.
Postkontonto 529.
Annon.-Druckerei u. Verlagsgesellschaft,
G. m. b. H., Frankfurt a. M.
(nicht „Volksstimme“ adressieren!)

Sozialdemokratisches Organ für Wiesbaden-Biebrich-Rheingau, Lahntal, Westerwald

Verantwortlich für Politik und Allgemeines: Richard
Wittelsch, für den übrigen Teil: Gustav Hammer,
beide in Frankfurt a. M.

Separat-Ausgabe für Wiesbaden
Reaktion, Verlag und Haupt-Expedition: Frankfurt am Main, Großer Hirschgraben 17.
Redaktionsbüro: Wehlstr. 49, Telephon 1026 -- Expedition: Bleichstr. 9, Telephon 3715.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Georg Mäler.
Verlag und Druck: Annon.-Druckerei und Verlagsgesellschaft, G. m. b. H., sämtlich in Frankfurt am Main.

Nummer 226

Dienstag den 26. September 1916

27. Jahrgang

Landwirtschaftsrat gegen Kriegsernährungsamt.

In Erwartung.

Von Dr. Hugo Singheimer.

Wenn man das Ergebnis der bisherigen Friedensdiskussionen überblickt, so muß man erkennen, daß wir heute noch da stehen, wo wir zu ihrem Beginne standen. Die Macht der Kriegsdemagogie ist noch ungebrochen, wenn auch die Friedensströmungen in allen Ländern groß sind und immer größer werden. Nach mehr als zweijährigem schrecklichem Krieg spricht die Konferenz der nordischen Staaten es von neuem aus, daß die Voraussetzungen einer Friedensvermittlung noch nicht vorhanden sind, und dasselbe hören wir von der Schweiz. Trotzdem auf eine militärische Schlussentscheidung, die den Sieg der einen Mächtegruppe begründet, nirgends zu hoffen ist, hat es bis heute der politische Geist noch nicht vermocht, die große Auseinandersetzung aus dem Jokus gewordenen Kampfgestümmel auf das Gebiet politischen Wirkens hinüberzuführen. Man zitiert immer wieder das Wort, daß der Krieg die Fortsetzung der Politik nur mit anderen Mitteln sei, vergißt aber darüber die mindestens ebenso große Wahrheit, daß die Politik wieder die Fortsetzung des Krieges sein muß, wenn eine Entscheidung mit militärischen Mitteln nicht zu erreichen ist. Der Grund dieses Jammers liegt darin, daß alle Friedensreden der Staatsmänner bis heute einander vorbeigeredet haben. Wir müssen anfangen, die anderen überhaupt verstehen zu wollen, und dafür sorgen, daß diese auch uns verstehen können. Wenigstens ist dies die einzige Methode, zu einer Verständigung zu kommen, wenn der Wille dazu überhaupt besteht.

Wir müssen die anderen verstehen! Immer noch rufen uns alle Kriegsbeher zu, daß die anderen uns „vernichten“ wollen. Es fällt ihnen gewiß nicht schwer, diesen Vernichtungswillen glaubhaft zu machen. Ein jedes Volk hat seine Chauvinisten und Annexionisten, und was könnte in einem Kriege patriotischer sein, als der Wille, das eigene Volk des stärksten Ausdruck zu geben? So werden sie immer wieder auf Reden und Aufsätze hinweisen können, die von dem Geiste des Vernichtungswillens erfüllt sind. Wir sollten aber aus eigener Erfahrung wissen, daß solche Worte nur der Ausdruck bestimmter vereinzelter Gruppen sind, die keineswegs das Volk oder die Regierung repräsentieren. Wenn im feindlichen Ausland in Millionen von Exemplaren die Eingabe der wirtschaftlichen Verbände, die Aufrufe des „unabhängigen Ausschusses“, die Reden Hoffmanns und vieles andere verbreitet werden, um den Eroberungswillen Deutschlands zu zeigen und so die Kriegseidenschaft aufzuwecken, so wissen wir, daß dies Kriegsdemagogie ist. Denn Volk und Regierung lehnen bei uns übereinstimmend, wie wir zu wissen glauben, diesen Wahnsinn ab. Aber wenn wir dies wissen, so sollen wir uns auch bitten, gleiche Erzele des feindlichen Auslandes als den Willen des Volkes und der Regierung anzusehen. Wir müssen endlich einsehen und ausprechen, daß alle ernsthaften, offiziellen und offiziellen Friedensdiskussionen des Gegners, namentlich in England, immer mehr von einem Reimotiv erfüllt sind: der Idee einer dauernden europäischen Friedensordnung, der gleichmäßig alle europäischen Staaten unterworfen werden sollen. Diese Idee trat zuerst im Gewand der Kriegshypothese auf. Die Phrase lautete: „Herbörung des preussischen Militarismus“. Alsquith — es wird dies in Deutschland nicht genug beachtet — hat aber diese Phrase bereits ausdrücklich so gedeutet, daß sie nicht die Beeinträchtigung und Zerstörung Deutschlands und seiner Freiheiten bedeuten solle, sondern eine internationale Regelung für die Anwendung kriegerischer Gewaltmaßregeln. Ein gewissenhafter Politiker in Deutschland muß diese Auslegung gelten lassen, auch wenn er ihren Sinn ablehnt. Grey hat zweimal auf diesen Gedanken einer europäischen Friedensordnung als Plattform für eine mögliche Verständigung hingewiesen. Das erste Mal, als er sich im Jahre 1915 in seinem Brief an die Presse über Westmanns Forderung nach der „Freiheit der Meere“ ausdrückte. In diesem Briefe hieß es, daß er, Grey, darunter nur eine internationale Regelung aller kriegsrechtlichen Fragen verstehen könne, daß eine solche Regelung, der sich England ebenso wie alle anderen Staaten unterwerfen müsse, also eine Frage sei, über die eine Diskussion unter den Mächten durchaus möglich sei. Derselben Gedanken vertrat er einige Zeit später in einem Interview wieder, als er ausführte, eine europäische Friedensordnung könne allein das Ziel dieses Krieges sein, eine Ordnung, die eine kriegerische Ausdrucksform von Konflikten zwischen den Staaten durch Verständigung und Schiedsgericht unmöglich mache. Gewiß waren alle diese Äußerungen in nationalistische Schlagworte und Beschuldigungen dreifester Art eingekleidet. Aber es ist die Aufgabe der Politik, hinter aller Kriegshetore, die sich an das eigene Volk wendet und der Kriegsdemagogie Zugeständ-

nisse macht, den Friedensgeist herauszufühlen, der einen Weg zur Verständigung andeuten will. Durch die Samstag-Nummer der „Volksstimme“ ist weiter bekannt geworden, wie „The Nation“ unter ausdrücklicher Berufung auf amtliche Auffassungen über Friedensbedingungen denkt. Und siehe da: Derselbe Grundgedanke, den Alsquith und Grey bereits, wenn auch nationalistisch verfälscht, ausgesprochen haben, lehrt in fühlbarer Betrachtung wieder. Wir können nicht genug die Worte unterstreichen, die in dem Aufsatz über „Die wirkliche Zerstörung des preussischen Militarismus“ enthalten sind. Die „Nation“ vertritt den Standpunkt, daß die „beste Hoffnung für eine erträgliche Zukunft in den Bemühungen liegt, die sich in der Richtung auf eine Liga der Nationen bewegen und die auf dem Gedanken gegenseitiger Garantien und Vereinbarungen beruhen“. Sie verleiht weiter, daß, wenn Deutschland die wirklich seine Bereitwilligkeit, sich von einem solchen europäischen System nicht auszuschließen, zu erkennen gebe, damit eine vorläufige Basis für Verhandlungen erreicht wäre. Nach allem handelt es sich also um einen einheitlichen Gedankengang, der in amtlichen englischen Kreisen geteilt wird. Was diese Auffassung in England nicht die einzige und wohl auch nicht die in der öffentlichen Meinung heute herrschende sein, jedenfalls kann sie gefördert werden, wenn sie in Deutschland einen Widerhall findet, wenn wir sie durch unser Eingehen auf sie stärken. Bis heute ist von deutscher amtlicher Seite, soweit wir öffentliche Diskussionen in Betracht ziehen, mit keinem Wort auf sie erwidert worden. Wenn dieser Krieg zu einem Ende kommen soll, bevor eine allseitige Erschöpfung Europa zugrunde richtet, müssen wir jede Verständigungsmöglichkeit ins Auge fassen. Dies tun wir aber nicht, wenn wir eine wichtige Grundstimmung des Feindes einfach überhören, als ob sie nicht vorhanden wäre, und immer nur den Glauben weden oder bestehen lassen, allein unsere Vernichtung sei das Ziel des Gegners. Ist denn dem deutschen Geiste dieser Grundgedanke fremd? Hat er nicht gerade in Deutschland seine tiefste philosophische Ausprägung erfahren? Stimmen unserer höchsten Geistesgeschichte klingen an unser Ohr, wenn wir von einer Europäischen Staatengemeinschaft, dem Friedensbunde freier Völker, hören. Und wenn die Geschichte der letzten Jahrzehnte in Deutschland auch eine Wanderung von jenem Rechtsideal herbeigeführt haben mag, hat der Sinn dieses Rechts nicht auch in aller Tiefe zu uns gedrungen? Vor allem aber ist die politische Gestaltung einer solchen Gemeinschaft auch mit unserem Kriegsziele, wenn wir es nur frei von aller Kriegsdemagogie und der Leidenschaft der Stunde betrachten, innig verwandt. Der Krieg kam über uns, weil in Europa das Zweierteilensystem die Verhaltung durch gegnerische Machtblöcke herrschte. Der Druck der Entente, die „Einfriedungspolitik“, war eine Ursache des Krieges. Bis heute ist dieser Druck unzerissen, und wenn wir einseitig den Annexionsgedanken und die Sicherung durch „reale Garantien“ vertreten, so fürchten wir, daß dieser Druck in Zukunft nicht schwächer, sondern viel stärker und gefährlicher sein wird. Zu dem Augenblick, wo alle Völker sich auf den Gedanken der europäischen Gemeinschaft einigen, ist der Krieg gebrochen. Der fürchterliche Druck der gewaltigen Spannungen weichen von uns, wenn wir in einem einzigen Europa miteinander, nicht mehr gegeneinander leben. Dann wirft uns der Krieg nicht in den Zustand der Wildheit zurück, dann hat er uns zu einer höheren Ordnung der staatlichen Verhältnisse in Europa verholfen. Gewiß sind noch große Schwierigkeiten vorhanden, auch wenn wir uns zu der Gemeinschaftsidee bekennen. Denn was soll ihre Form sein, wie soll der Einfluß der einzelnen europäischen Staaten im Friedensbunde verteilt werden, was für Garantien der Friedenssicherung können es sein, wie kann der gemeinsame Friedenswille vollstreckt werden? Aber die Grundfrage ist: Wenn auch wir uns zu ihr bekennen, so entsteht zum ersten Male ein gemeinsames Friedensziel, an dem alle kämpfenden Staaten interessiert sind, das für sie alle ein Fortschritt ist. Dann reden wir zum ersten Male miteinander, nicht mehr nur gegeneinander. Die Friedensdiskussion der Staatsmänner, die bisher ergebnislos war, tritt in ein neues Fahrwasser, wenn wir das Friedensziel der anderen erkennen und Stellung dazu nehmen. Es ist ja so wenig, was der Reichskanzler zu sagen hätte, nur dieses, daß es interessant und förderlich wäre, wenn sich die feindlichen Staatsmänner einmal dazu äußern wollten, wie sie sich die Ausführung eines solchen Bundes eigentlich denken. In diesem Augenblicke wäre das erste Stadium der Vorwürfe und Beteuerungen überwunden, und die Diskussion über bestimmte Vorschläge würde beginnen. Der politische Geist wäre endlich erwacht.

Die Friedensdiskussion würde um so fruchtbarer werden, wenn wir endlich auch dafür sorgen wollten, daß die anderen uns verstehen können. Das ist bis heute nicht der Fall. Eine vieldeutige Diplomatenprache in einer Situation, die schneidende Klarheit verlangt, kann eine Verständigung nur hindern. Wir stehen in einer Situation, wie sie noch nie war. Die ganze Welt, alle Völker sind gespannt auf jedes Wort, das von einem Lande in das andere fliegt. Früher zogen sich die Diplomaten in das dicht verhängte Konferenzzimmer zurück, um fern von jedem Volksgeräusch mit gedämpften Worten Friedensverhandlungen einzuleiten. Heute wirken alle Völker selbst bei den Friedensverhandlungen mit. Eine Diskussion von Volk zu Volk findet statt. Da verlangen die Methoden der alten Diplomatie und eines politischen Geschäftsabslusses. Und darum müssen die Staatsmänner, die vom Frieden sprechen, zu den Völkern, zu der Welt sprechen, und die Worte müssen so sein, daß sie mit einleuchtender Klarheit jede Denkung durch Kriegsdemagogische Mittel ausschließen. Wenn heute die Staatsmänner zu den Friedensverhandlungen zusammenzutreten werden, müssen die öffentlichen Meinungen der Völker sich schon genähert haben. Bis heute konnten die Worte des Kanzlers von den kriegsheberischen Parteien des feindlichen Auslandes so gedeutet werden, daß er einen für dieses demütigenden Frieden herbeiführen wolle. Wenn der Kanzler von „reale Garantien“ in Belgien spricht, von Einfallstoren, die im Westen geschlossen werden müssen, so verstehen die antichristlichen Kriegseidenschaft des Feindes solche Forderungen im Sinne staatlicher Beeinträchtigung und „erz-vorläufiger Eingriffe“. Gegen solche Forderungen aber lehnen sie sich auf, wie Völker, die einen Befreiungskampf zu führen haben. Wir können uns deswegen nicht wundern, wenn die Antwort auf die Friedensreden Westmanns neue Klüftungen zum „Endsieg“ waren. Es kommt dazu, daß bis heute von amtlicher Seite der Trennungsschritt zu den Annexionisten bei uns noch nicht gezogen ist. Die Kämpfe, die bis heute der Kanzler gegen seine annexionsistischen Widerläufer im Innern geführt hat, waren vergebliche Kämpfe. Kämpfe gegen Patrioten und verlässliche Bedenken. Noch steht der Kampf gegen den falschen Ruhm der annexionsistischen Forderungen aus. Es ist dafür bezeichnend, daß der letzte Aufbruch, den der „unabhängige Ausschuss“ veranlaßt hat, in geschickter Weise sich auf — Außerung des Kanzlers bezog zur Begründung seiner eigenen Forderungen, und daß Anhänger der Eingabe der wirtschaftlichen Verbände behaupten durften, der Kanzler teile ihren Standpunkt. Es ist wahrhaftig Zeit, daß klar und unerschütterlich fest die Richtung unseres Friedenswiles wird. Wunder geschehen nicht mehr. Die Dinge lösen sich nicht von selbst. Die Zeit ist gekommen, in der es entweder — oder heißt, und wo nur ein klares, unumwundenes Bekenntnis noch die Hoffnung zuläßt, den Krieg durch vollstän- dige Vernunft zu beenden. Wir wissen nicht, wie im einzelnen die Reichsregierung über unser Verhältnis zu Frankreich und Belgien denkt. Wir dürfen nicht die Fiele für die wir eintreten, hier öffentlich im einzelnen erörtern. Aber wir meinen, wenn Frankreich klar vor die Frage gestellt würde, ob es einig noch für die aussichtslose Wiedererlangung Elsas-Lotharingens kämpfen soll, und England allein die Frage leben würde, ob es Belgien zu englischem Vorland machen dürfe, so ist Deutschland nicht die Absicht habe, es in irgend einer Form zu einem deutschen Vorland zu machen, wenn die Völker Frankreichs und Englands mit aller Klarheit und Unabweisbarkeit vor diesen Fragen stehen, dann, aber nur dann, so meinen wir, könnte eine weitere Friedensausdrucksform zu einem Erfolge führen. Zur Selbstbehauptung des deutschen Volkes gehört seine weltwirtschaftliche Entwicklungsfreiheit. Sie muß heraufgehoben und vor jeder staatlichen Vorfalsandrohung zu sichern, ist der Wert, den uns die Befreiung Belgiens und Nordfrankreichs in die Hand gegeben hat. Die Freiheit der Meere aber ist eine Frage, die allein in dem Gedank einer internationalen Friedensordnung ihre Lösung finden kann. Je mehr wir dafür unsere „Kampfschänder“ einsetzen, desto wirksamer und für uns günstiger wird diese Ordnung sein. Was wäre uns die Schließung aller „Einfallstore“ und die „Angliederung“ Belgiens, wenn uns Deutschen damit die Tore zur Welt verschlossen blieben? Nur Klarheit kann die Völker zur Bestimmung bringen. Wie auch es ein wirksameres politisches Mittel für die heutige Lage wie sie. Und wenn trotzdem die anderen unsere „Vernichtung“ wollten? Dann fähren sie, nicht in Reden, sondern durch Taten, daß sie zum zweiten Male sich verrechnet hätten. Dann fiele die Schuld für „Europas Greß“ auf sie, auf sie ganz allein.

In diesen Tagen tritt der deutsche Reichstag wieder zusammen. Wir alle stehen in Erwartung. Wir vertrauen und hoffen, daß unsere Faktion das Gebot der Stunde in seiner ganzen Wucht und Bedeutung erkennen wird. Reht oder nicht die Möglichkeit noch einmal gegeben, durch Vernunft dem

furchtbaren Schicksal Europas entgegenzutreten. Daß sie mit altem Kampfesgeiste den bevorstehenden Angriff der Anexionisten zurückschlagen, daß sie nichts verjüngen wird, sie zur vollen Demasierung zu zwingen, wissen wir. Mit heißen Worten wird vor aller Welt sichtbar werden, daß das Volk hinter uns steht. Nie noch war der Widerspruch der allen führenden Gruppen mit den wahrhaften Volksinteressen so offenbar, als jetzt, in diesem Kampf um das Ziel der auswärtigen Politik. Aber darüber hinaus muß unsere Fraktion weiter streben. Sie muß dafür sorgen, daß die Grundbedingungen einer zum Frieden treibenden Verständigungspolitik erfüllt werden. Der Kampf gegen die Anexionisten genügt nicht, wie es nicht genügen würde, für die Friedensliebe des Volkes nur zu demonstrieren. Dem Vorgehen der Partei im Reichstag muß ein politisches Ziel vorgegeben. Wir müssen den Reichstag zwingen um seine Stellung zur Idee einer europäischen Friedensgemeinschaft, auf der ein großer Teil der Friedensbewegung in den feindlichen Staaten beruht, ersuchen und von ihm volle Klarheit über die deutschen Kriegsziele, namentlich im Hinblick auf unser Verhältnis zu Frankreich und Belgien, fordern. Es sind ganz konkrete Fragen, um die es sich jetzt handelt.

Der gestrige Tagesbericht.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der gestrigen Auflage enthalten.)

Großes Hauptquartier, 25. Sept. (W. B. Antik.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seereschlacht Kronprinz Rupprecht.

Der gewaltige Artilleriekampf zwischen der Ucker und der Zorn dauert an. Feindliche Teilvorstöße gegen den Abschnitt Comber-Rauesert und bei Bouvancennes mißlingen.

Seereschlacht Kronprinz.

Am 23. September wurden am West-Thaumont schwache, gestern nordöstlich der Rette Souville starke französische Sandgratengröße abgewiesen.

In den zahlreichen Luftkämpfen des gestrigen Tages haben wir neun Flugzeuge abgeschossen, unsere Abwehrschiffe holten in den letzten Tagen vier Flieger herunter.

Durch feindlichen Bombenabwurf auf Lens wurden sechs Bürger getötet, achtundzwanzig schwer verletzt.

Einem Fliegerangriff auf die Gegend von Elsen fiel gestern nachmittags ein Kind zum Opfer, andere wurden verletzt. Der Schaden ist bedeutungslos.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern.

Die am 23. September durch sofortigen Gegenstoß wieder eroberte Stellung bei Manajou wurde gegen erneute starke russische Angriffe behauptet.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Karl.

Zwischen der Jota Lipa und der Rajarowa haben die Russen vergebens die Stellungen der türkischen Truppen angegriffen. Eingedrungene Teile wurden durch Gegenstoß geworfen. 142 Gefangene wurden eingebracht.

Am Ludowa-Abchnitt (Karpaten) sind abermals russische Angriffe abgewiesen.

Kriegsschauplatz in Siebenbürgen.

Rumänische Vorstöße zwischen dem Szurdul- und Sul-Tan-Bah sind gescheitert.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Seereschlacht des Generalfeldmarschalls von Madenju.

Für die verbündeten Truppen erfolgreiche Kämpfe südlich der Linie Cobadinu-Toprassar.

Die Stellung Buzarek wurde durch einen unserer Luftschiffe bombardiert.

Mazedonische Front.

Kleine Gefechte bei Florina. Wiederholte starke serbische Angriffe gegen den Rajmalcan sind zusammengebrochen. In der Struma wurden in breiter Front vorgehende schwächere englische Abteilungen abgewiesen.

Der erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

Zur Zeppelin-Verförmung.

Die Befragung des einen der zwei in der Samstagnacht über England gestürzten Zeppeline ist nicht umgekommen, sondern gefangen genommen worden. „Daily Mail“ gibt davon die Schilderung eines Augenzeugen. Hiernach ging das Schiff in 90 Meilen Entfernung von einem Bauernhof nieder. Verwundet war niemand. Vorher war der Zeppelin in einer Höhe von etwa 300 Fuß festwärts gefahren. Plötzlich machte er eine Schwenkung in der Richtung nach dem Lande zu und sank, wobei er sich krampfend an den Baumwipfeln rieb. Die Mannschaft stieg, eiligst fliehend, aus dem Schiff. Der Kommandant, der an die Tür des Häuschens klopfte, erhielt keine Antwort. Die Mannschaft verließ dann eine kurze Zeit miteinander, wobei drei starke Explosionen gehört wurden, die die Fenster scheitern machten, aber keinen weiteren Schaden richteten. Das bedeutet natürlich: die Mannschaft hat das Boot des Zeppelines völlig zerstört, so daß die Engländer davon nichts erfahren können.

Die englischen Blätter drücken Freude aus, daß die Abwehr jetzt besser arbeite. „Times“ meint, in einigen Monaten werde man soweit sein, daß kein Luftschiff sich mehr über England wagen dürfe und dann würden die Zeppelinangriffe von selbst aufhören.

Vom italienischen Kriegsschauplatz.

Der österreichisch-ungarische Tagesbericht meldet: Die Feuerkraft des Feindes an der südländlichen Front war nachmittags in einzelnen Abschnitten lebhafter. Nachts überfiel ein Luftschiff unsere Linien und warf in der Gegend von Gomen einige Bomben ab, ohne Schaden anzurichten. An der Front der Jassaner Alpen griffen zwei Alpin-Bataillone in der Dunkelheit den Abschnitt Cardinal-Cima Buja Alta an, den die feindliche Artillerie unterlag. Heftig bearbeitet hatte. Die Italiener wurden nach erbittertem Nahkampf blutig abgewiesen. Auch gegen die Frontella di Goidoso versuchten feindliche Gruppen vorwärts zu kommen. 32 Alpin, darunter ein Offizier, fielen hier in Gefangenschaft. Am Monte Cimone befinden sich verschüttete, noch lebende Italiener in den Nerven. 21 Vermochten sich selbst zu befreien und ergaben sich. Die übrigen rufen um Hilfe, die ihnen aber wegen des Feuers ihrer Artillerie bisher nicht gewährt werden konnte und von der Annahme eines dem Feinde aus Gründen der Menschlichkeit angebotenen örtlichen Waffenstillstandes abhängt.

Griechisches.

Ministerpräsident Cagalogopolos hat eine Rundgebung veröffentlicht, in der er erklärt, gegen eibüchliche Offiziere und Soldaten werde künftig die volle Strenge des Gesetzes angewendet werden. Die deutschsprachigen Blätter erinnern darauf, es komme auf eine Abspaltung an. Jedenfalls wird die Entente ihre Leute schützen.

„Daily Telegraph“ meldet aus Athen: Einer der Offiziere des vierten griechischen Armeekorps, Oberstleutnant Dubiotis, ist zum Kommandeur des in Athen garnisonierenden fünften Infanterie-Regiments befördert worden. Die Regierung, welche die Ubergabe von Kavala offiziell mißbilligt, zeichnet einen der dafür verantwortlichen Offiziere aus.

„Daily News“ erfahren aus Athen, daß Venizelos, der wiederholt aufgefordert worden sei, nach Salonik zu kommen, beschloßen hat, sich dahin zu begeben und die Leitung der revolutionär-nationalen Bewegung selbst in die Hand zu nehmen. Mehrere Führer der liberalen Partei sind bereits abgereist.

Neuer meldet: Die Insurgenten auf Arela beherrschen die ganze Insel; sie besetzen Marica, Gerakion und andere Küstenstädte. Die griechischen Behörden haben alle Regierungsgebäude den Führern der separatistischen Bewegung ausgeliefert. Man betrachtet die Insurrektion für völlig gelungen. Die kretische königliche Leibwache hat sich aufgelöst, nur elf Leute sind loyal geblieben.

Meuterei eines rumänischen Regiments?

Berlin, 25. Sept. Der „Berl. Lok.-Anz.“ meldet aus Stockholm: In der Nähe einer Stadt an der Donau verübten freigesessene rumänische Soldaten ein furchtbares Verbrechen. Ein dichterbesetzter Offizierszug, der über Kronstadt zur transilvanischen Front sollte, wurde durch eine Dynamitbombe in die Luft gesprengt. Von 400 reisenden Offizieren sind nur sieben gänzlich unversehrt geblieben. Das zweite Artillerieregiment, welches in Jassy steht, ist stark der

Begehung des Verbrechens verdächtig. Die Stimmung dieser Truppe wird als besonders aufgereizt geschildert, so daß man nicht einmal magte, sie unmittelbar an die Front zu überführen. Es soll schon zu den schwersten Gehorsamsverletzungen gekommen sein. Sechs Leute, darunter zwei Unteroffiziere, sind hingerichtet worden. Seitdem verweigert das ganze Regiment den dienstlichen Gehorsam.

Ja, die Wiener Rathhauspartei!

Wir nehmen Notiz davon, daß die von den Christlich-sozialen beherrschte Wiener Stadtverwaltung drei neue Stadtratsmandate schaffen will, die der Opposition überlassen werden sollen. Die Wiener „Arbeiterzeitung“ fragt, warum es denn drei neue Mandate sein müßten, es seien doch drei bestehende erledigt. Den Grund erfährt man jetzt und man erzieht daraus, daß die Christlichsozialen die Schamlosigkeit ihrer Gewinnung sich ganz und gar betraut haben. Nämlich: „Das Wiener Gemeindestatut ist ein Landesgesetz, und zu der Vermeidung der Mandate, also zur Abänderung des § 29 des Landesgesetzes vom 22. Juni 1905, braucht es eines neuen Gesetzes, das selbstverständlich nur im niederösterreichischen Landtag beschlossen werden kann. Es gibt aber derzeit keinen niederösterreichischen Landtag; die Gesetzgebungsperiode des letztgewählten ist seit Jahr und Tag abgelaufen und kein neuer ist gewählt. Man begreift danach, welche Spiegelheckerei darin liegt, wenn gesagt wird, der Magistrat werde „die legislative Genehmigung dieses Gesetzes“ zu erwirken suchen.“ Die Gemeindevorstände durch die Gesetzgebung ist, mangels eines niederösterreichischen Landtages, schlechthin unmöglich; wie also soll sie der Magistrat erwirken?

Siebenundzwanzig Stadtratsstellen sind vorhanden, aber davon darf keine den Christlichsozialen aus den Fingern gehen. Aber es ist Krieg und man muß so tun, als seien auch die anderen Parteien gleichberechtigt. Und also tut man beides: sich selbst im Recht erhalten und den anderen ein Teilchen Recht geben. Allerdings nur Scheinrecht.

Und solches Gelichter erlaubt den Volkseigenen imponieren zu können mit patriotischem Gerede!

Lebensmittelsteuerung in England und in Deutschland.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ bringt Berichte über Eindrücke von einer Reise nach England. Der Verfasser schildert auch die Frage der Ernährung in England und kann feststellen, daß die Preise allerdings ganz enorm gestiegen sind. In England genügt die Lebensmittelversorgung verhältnismäßig wenig Fleisch. In der nun aufgestellten Willensnorme wird täglich mindestens einmal Fleisch verbraucht, jedoch eine große Anzahl Männer in der Woche siebenmal Fleisch genügt anstatt nur zweimal. Dann erlaubt sich auch ein Teil der Zivilbevölkerung, die sich durch den Kriegszustand besserer Lebensverhältnisse erfreut, in erhöhtem Maße den Genuß von Fleisch. Prozentual am meisten gestiegen sind die Kartoffelpreise, weil England seinen Bedarf an Kartoffeln zum größten Teil aus Rußland und Deutschland deckt und nun durch den Krieg aus Rußland nur mit großen Schwierigkeiten Kartoffeln einführen kann. Die gegenwärtige Einfuhr geschieht daher aus Holland, Amerika und den englischen Kolonien, aber zu enorm hohen Preisen. Dem Artikel ist dann eine Tabelle beigelegt, die die Preise von Lebensmitteln in Deutschland und in England einander gegenüberstellt. Mathematisch genau sind die Preise natürlich nicht, sondern es muß ein annähernder Betrag angenommen werden und zwar berechnet der Verfasser eine Mark = 1,25 Franken. Pro Pfund resp. Liter ergeben sich dann folgende Ziffern:

	vor dem Kriege (1913)	jetzt (September 1916)
Artikel	England	Deutschland
Brot	21	18-20
Rindfleisch	105-125	210-230
Kalb- und Schweinefleisch	105	190
Schafffleisch	105	210
Schinken	120	200
Kartoffeln	5	25
Butter	170	230
Ei (einheim.)	95	145
Witz	28	31
Salz	5	12,5
Büchergelder	20	31
Äpfel	1,8	2,5

Heftigkeit gegenüber dem einmal vorgezeichneten Ziele, wenn man den Betrag der Arbeit überhaupt sehen will.

Also fassen wir das Gesagte zusammen: zwischen körperlich und geistig Arbeitenden darf ein grundsätzlicher Unterschied in Hinsicht des Bildungsgutes nicht gemacht werden. Für beide gilt als ideales Ziel die Idee der Humanität, das soll heißen: die Entfaltung aller Seiten des menschlichen Wesens (nämlich des intellektuellen, des sittlichen und des ästhetischen Vermögens) sowohl wie der physischen Kräfte der Arbeit und des Wohlseins in ihrem gesunden, normalen, gleichsam gerechten Verhältnis zu einander, in dem Verhältnis, worin sie einander so viel wie möglich fördern und so wenig wie möglich beeinträchtigen.“ (Ratort.)

Damit dieses Ideal der Volksbildung seiner Verwirklichung näher gebracht werden könne, ist freilich eine Neugestaltung der Organisation unseres gesamten Bildungswesens unbedingt notwendig. Das wird eine der wichtigsten Aufgaben werden, die nach dem Krieg ihrer Lösung entgegenzuführen sind (vgl. dazu z. B. auch R. W. H. S. „Reine Einheit in unserem Bildungswesen“ in „Deutsche Politik“, Heft 35, S. 1533 u. ff.). Auch darauf kann hier nicht näher eingegangen werden. Das Ziel ist ja bereits in den allgemeinsten Grundgedanken angedeutet, der Weg, der zu ihm führt, bringt zunächst die Förderung der Vereinheitlichung unseres Bildungswesens. Aus den untereinander nebeneinander hergehenden verschiedenen Schulhaltungen muß ein organisches Ganzes werden, dessen Gliederung nur nach sachlichen Gesichtspunkten erfolgt. Durch die Volksbildungsmasse gehen alle Glieder des Volkes gleicher Weise hindurch, eine Differenzierung erfolgt nur nach den Fähigkeiten der Schüler. Es ist Zeit, daß auf dem Gebiete des Bildungswesens die sozialen Unterschiede ihre Bedeutung verlieren und mit dem Grundsatz der gleichen Bildungsmöglichkeit für alle Ernst gemacht wird, im Interesse der Kultur unseres Volkes, ja der gesamten Menschheit. Das Volksbildungswesen so zu organisieren, wird, wie gesagt, Aufgabe der nächsten Jahrzehnte sein. Es gilt, damit das Testament eines Richte, Pestalozzi und der anderen großen Männer der deutschen Erziehung von 100 Jahren endlich einmal zu vollstrecken. Über so lange es noch nicht soweit ist, muß die Mangelhaftigkeit unseres Bildungswesens ergänzt werden durch die freie Volksbildungstätigkeit, die neben den von Staat und Gemeinde und sonstigen Organisationen geschaffenen öffentlichen Bildungsanstalten hergeht. Soll sie ihren Zweck erfüllen, so muß sie getragen sein von den Ideen der Volksbildung, wie sie oben im Anschluß an Richte, Pestalozzi und — von den Neueren nur den bedeutendsten zu nennen — Paul Ratort (Marburg) entwickelt wurden. Das verleihe ich unter Volksbildung: Unterweisung und Erziehung des öffentlichen Bildungswesens, um alle Glieder unseres Volkes zu ganzen Menschen zu bilden im Sinne des Ideals der Humanität.

Seuilleton.

Philosophie und Volksbildung.

Von Joseph Munk, im Felde.

I.

In Heft 31 der „Deutschen Politik“ behandelt Friedrich Kaab die Bedeutung der Philosophie für die Volksbildung. Es sei gestattet, dazu einige ergänzende Bemerkungen zu machen. Zweierlei scheint mir dabei in Frage zu kommen: erstens, ob Philosophie als notwendiger Bestandteil zur Volksbildung gehöre; zweitens, ob es möglich sei, philosophische Bildung in das Volk zu tragen, oder anders gesagt, welchen Schwierigkeiten ein solches Vorhaben begegne und wie diese zu überwinden seien. Denn vorausgesetzt, daß philosophische Volksbildung eine Notwendigkeit ist, darf es die Behauptung, sie sei eine Unmöglichkeit, nicht geben; dann müssen (und können) eben Mittel und Wege gefunden werden, sie wirklich zu machen.

Also erstens: ist philosophische Volksbildung notwendig? Um die Frage zu entscheiden, muß man sich einerseits über Ziele und Inhalt der Volksbildung überhaupt verständigen, und andererseits über das, was man unter philosophischer Bildung versteht. Natürlich kann aber hier nicht ein Programm oder Ideal der Volksbildung entworfen werden, es können nur in den Grundlinien ihr Umfang und ihre Ziele aufgezeigt werden. Was heißt denn Volksbildung? Soll sie in Gegensatz gestellt werden zu einer höheren Bildung, als Mindestforderung etwa der Bildung gelten, die den „breiten Massen“ des Volkes, über denen sich dann eine kleine Oberschicht höher, wahrhaft „Gebildeter“ erhebt, zuteil werden müsse? Es gilt, diese Auffassung zurückzuweisen, die unser Volk trennen möchte in körperlich und in geistig Arbeitende, wobei den körperlich Arbeitenden nur so viel an geistiger Bildung zuteil werden soll, als sie eben brauchen, um ihren Beruf ausführen zu können; im wesentlichen Rechnen, Lesen und Schreiben, Religion und ein bißchen Landeskunde, Geschichte und Naturgeschichte. Für diese Auffassung hat natürlich Philosophie mit der Volksbildung nichts gemein, könnte nur verwirren und würde, wäre ein unnötiger geistiger Ballast. Sie muß aber bekämpft werden als mit unseren sittlichen Begriffen und Forderungen im Widerspruch stehend, so wenigstens wie ich — Kant, Richte, Pestalozzi und anderen Philosophen und Pädagogen folgend — sie fasse. Diese Scheidung der Menschheit in Gebildete und Ungebildete, Hand- und Kopfarbeiter zerreißt die Einheit der Kultur, die Einheit der Sittlichkeit, ja stellt sie überhaupt in Frage. Nur wenige Worte zur Begründung. Sittliches Handeln ist nicht möglich ohne die Einsicht in das, was im einzelnen Falle das Sittensgesetz von uns fordert. Das heißt auch: politische Betätigung setzt Einsicht in die geschichtlichen

und gesellschaftlichen Bedingungen unseres Lebens, unseres sittlichen Lebens im besonderen voraus. Geschichtliche, gesellschaftswissenschaftliche, volkswirtschaftliche Bildung muß also der Staat, der seine Bürger zur Mitarbeit an seine Aufgaben heranzieht, der ihnen das Wahlrecht verleiht, dieser geben. Und wer möchte nach den Erfahrungen, die uns dieser Art, gebracht hat, der Mitarbeit jedes Einzelnen an den Aufgaben unseres Staatslebens, der einseitig willigen Eingabe an die Forderungen des Staats entraten? Das ist die eine Seite. Und andererseits: bloße mechanische Handarbeit ohne Einsicht in die von der Natur gegebenen Bedingungen, in die naturwissenschaftlich-technischen Grundlagen des Arbeitsvorgangs und dann wieder ohne Einblick in die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge, in denen die Arbeit steht und denen sie dient, bloße Handarbeit wäre ich, bei der der Mensch lediglich die Stelle eines kleinen Maschinenteils ausfüllt, ist menschenunwürdig, vertritt sich daher auch nicht mit unseren sittlichen Anschauungen. Denn niemals darf der Mensch als bloßes Mittel, er muß immer auch als Selbstzweck betrachtet und behandelt werden. Notwendig ist daher dem gesamten Volke auch naturwissenschaftliche, technische Bildung. Die soziale Stellung, Besitz und Erwerbsverhältnisse dürfen also auf keinen Fall einen Grund darstellen, weshalb ein Teil des Volkes von höherer, geistiger Bildung ausgeschlossen werden soll. Andere mehr praktische Erwägungen, wie z. B. die Notwendigkeit der Bildung des Arbeiters im Hinblick auf unsere Konkurrenzfähigkeit mit dem Auslande, lasse ich hier ganz außer Betracht.

Und können auf der anderen Seite die sog. gebildeten Stände der Arbeitseile, der Bildung durch Arbeit und zur Arbeit entbehren? Ich muß diese Frage verneinen: wenn irgend etwas, so hat wieder dieser Krieg uns das zur Einsicht gebracht. Es ist einmal eine Verkrüppelung gegenüber dem Ideal der Menschheit, wenn ein Teil der Menschen in praktischer Arbeit, Handfertigkeit, überhaupt in allen Dingen körperlicher Kraft und Gewandtheit minderwertig ist. Wer so einseitig gebildet ist, kennt nicht die reine Freude, die es gewährt, ein den unmittelbaren Lebensbedürfnissen dienendes Werk der eigenen Hände fertig vor sich zu sehen, in unmittelbarer Greifbarkeit den Nutzen seiner Arbeit für das Leben zu sehen. Das gehörte wohl zu dem, was vom Leben da draußen im Felde mit den tiefsten seelischen Eindrücken auf die made, die nicht durch Unnatur gänzlich dagegen abgejumpt waren, daß ihnen zunächst die Unbrauchbarkeit ihrer ganzen „hohen“ Bildung für alle Bedürfnisse des täglichen Lebens zum Bewußtsein gebracht wurde. Die Freude am Erzeugnis der eigenen Arbeit ist das Fundament der Reinheit des Gewissens. So brächte die Ausbildung der höheren geistigen Bildung von der Arbeit und Arbeitsbildung auch eine Verarmung des Innenlebens, insbesondere auch des sittlichen Lebens der nur geistig Gebildeten. Denn einen unerfesslichen Wert hat die Arbeitsbildung für die sittliche Erziehung des Menschen: sie erzieht zur Wahrhaftigkeit — pfuschen rächt sich — zur Treue, beständigen

Der Verfasser hat auch eine Berechnung angestellt über die Löhne und kann feststellen, daß die Lohnerhöhung mit der Teuerung nicht Schritt hält, sondern seit Kriegsausbruch bis September 1916 die Löhne im Unterhalt sich um 27 Prozent erhöht, während der Arbeitslohn nur um 10 Prozent stieg, so daß also eine Verschlechterung der Lebenshaltung der englischen Bevölkerung eingetreten ist.

Aus dem Blatte „Clarion“, das der sozialistische Kriegsbekehrte Clapham herausgibt, entnimmt die „Deutsche Metallarbeiter-Ztg.“ eine Stelle der Botschaft von Thompson. Man lese die Beispiele von Rot in der britischen Arbeiterklasse:

Viele meiner Bekannten, manche von ihnen sehr intime Freunde, sagen mir, daß sie seit vielen Wochen nicht mehr imstande sind, Fleisch zu kaufen. Wir haben auch das Zeugnis der Genossenschaftsgilde der Frauen (Women's Cooperative Guild), die die Lage untersucht hat. Wir geben einige Beispiele aus ihrem Bericht wieder:

Battersea (London-Südwest). Frau und vier Kinder; der älteste Junge, 17 Jahre alt, ist an der Front. Sie kann für ihr jüngstes Kind keine frische Milch bekommen. Sie hat mit sonderbarster Mühe Versuche gemacht, aber das Kind erbrach sich. Sie sagt, sie habe seit Monaten kein Fleisch mehr auf ihrem Tisch gesehen. Wir fühlen uns glücklich, wenn wir Brot und Margarine haben. Ich werde oft hungrig vor Hunger und möchte mich mal fetteffen.

Brighton. Familie besteht aus Mann, Frau und 9 Kindern. Gesamtwocheneinnahme 40 Mark. Wohnungsmiete 12.50 Mark; Versicherung 2 Mark. Nach den Ausgaben für Brot, Mehl, Margarine, Zucker, Tee bleiben 5 Mark auf Fleisch, Gemüse, Seife, Soda, Kleider und Schuhe.

Canning Town (östliche Vorstadt von London). Familie besteht aus Frau und 6 Kindern. Der Mann dient und fiel im August. Pension 26.50 Mark. Miete 4.50 Mark, Versicherung 75 Pfg. Hauptnahrung: Brot, Kartoffeln, Margarine, Saffordien.

Herburn-on-Thyne. Arbeiterfamilie besteht aus Mann, Frau und 3 Kindern. Wochenlohn 26 Mark. Ein Pfund Fleisch fällt die Woche. Mithing mit der Wohnungsmiete. Die Frau sagt, wenn keine Besserung eintreffe, werde sie verrückt.

Stoke-on-Trent. Arbeiter, Frau und 3 Kinder. Durchschnittliche Wocheneinnahme 30 Mark. Kohlgänger zahlt 15 Mark die Woche. Die älteste Tochter ist krank; der Arzt verordnete Milch, aber kann keine bekommen. Auf Sonntags Fleisch und Kartoffeln. Brot und Margarine Hauptnahrungsmittel.

West-Stafford. Frau eines Soldaten, hat 3 Kinder; Kriegsfürsorge 23 Mark die Woche. Wohnungsmiete 5 Mark. Fleisch einmal die Woche. Die Familie ist glücklich, wenn sie sich an Kartoffeln satt essen kann.

So geht es drüber wie über Millionen von Arbeitern erbärmlich. Die Not, die England den Deutschen bereiten wollte, ist über Teile des eigenen Volkes gekommen.

Landwirtschaftsrat gegen Kriegsernährungsamt.

Am 21. September hat sich der Deutsche Landwirtschaftsrat mit den amtlichen Maßnahmen zur Sicherung der Volksernährung beschäftigt. Das Ergebnis der Beratungen waren Beschlüsse, die einen Vorstoß gegen die Lebensmittelpolitik des Kriegsernährungsamtes bedeuten. In dem allgemeinen Teile der Beschlüsse heißt es nach der „Täglichen Rundschau“:

1. Es muß erklärt werden, daß die wirtschaftlichen Maßnahmen des zurückliegenden zweiten Kriegsjahres den Aufgaben der Volksernährung nicht in allen Teilen gerecht geworden sind, und daß eine Besserung in denselben eintreten müßte, wenn noch für eine längere Frist die Volksernährung aus den allein möglichen Quellen inländischer Produktionskraft sichergestellt werden soll.

2. Wenn auch in Einzelfragen eine wesentliche Besserung neuerdings anerkannt werden muß, so erfüllt es dennoch mit den größten Sorgen, für den weiteren Verlauf der Beschaffung von Nahrungsmitteln, daß mehr denn je gegen das naturgemäße allgemeine verständliche Gebot verstoßen wird, die Produktionskraft und Produktionsfreudigkeit der allein zuverlässigen inländischen Nahrungsmittelherstellung zu erhalten, und daß in der großen Zahl der neuen Verordnungen kein Wort der Fürsorge für die unerlässliche, allen übrigen Maßnahmen voranzustellende Produktion hervorgeht.

3. Die Gefahren für die Zukunft haben sich insbesondere nach zwei Richtungen ausgeprägt: fortgesetzter Entzug mühsam erarbeiteter landwirtschaftlicher Betriebsmittel, ohne dabei die produktionserschwerenden Folgen anzuerkennen oder zu fürchten; Belästigung und Verzögerung gerade auf denjenigen Produktionsgebieten, die von dem Konsum selbst als die ausschlaggebenden anerkannt worden sind. Hierzu gefügt sich noch eine unrationelle Verfügung über die Erntemengen.

4. Wesentliche Anordnungen über die Verwendungsart der noch vorhandenen Betriebsmittel sind nicht sachgemäß. Dementsprechend kann mit denselben nicht ein Maximum an Leistungen hervorgebracht werden.

5. Mit der ersten Sorge verknüpft sich für die Führer der Landwirtschaft die peinliche Beobachtung, daß die Autorität der regierungsseitigen Verordnungen auf dem Gebiete der Nahrungsmittelfürsorge zusehends schwandelt, und daß die Unmöglichkeit einer gewissen Befolgung aller neu erlassenen Verfügungen Überlieferungen in großer Zahl geradezu erzwingen wird.

Im einzelnen fordern die Beschlüsse zur Hebung der Schweinefleisch-Heraushebung der Höchstpreise, Sonderpreisen aus Reichs- und kommunalen Mitteln für hohe Ausnutzung des angelieferten Rohmaterials bei Mastverträgen, Zuschüssen für Schweinezüchter, freieste Gestaltung der Erlaubnis zu Hausfleischungen; zur Sicherung der Speisefette, Zuschüsse zu den Kosten für die Beschaffung frischmellender Rinde seitens des Reichs und der großstädtischen Kommunen; Wiedereinführung des Kartoffelhandels; längere Gültigkeitsdauer der Frühbrüschprämien, bessere Organisation der in den städtischen Konsumzentren zu gewinnenden Futtermengen und Erweiterung der Stadtfleischherstellung.

Die Vollstreckung werden demnächst im Reichstag den Agrariern die richtige Antwort geben.

Ein Gemeindehaushalt im Krieg.

Die großen Anforderungen, die der Krieg an die Gemeinden stellt, werden zu einer außerordentlich starken Überforderung der Gemeinden und zu sehr hohen kommunalen Steuerzuschlägen führen. Als eine der ersten der deutschen Städte hat nun Charlottenburg einen Verwaltungsbericht für das Jahr 1914 herausgegeben, aus dem zu ersehen ist, daß nicht nur die hohen Kosten der Kriegsfürsorge, sondern auch andere Aufwendungen, die der Krieg verursacht, und besonders auch große Ausfälle in den Einnahmen die Finanzverhältnisse der Gemeinden recht schwierig gestalten werden.

Charlottenburg hat freilich unter allen deutschen Städten den größten Reichtum aufzuweisen und kann infolge dessen auch mit der besten Verwaltung an der Spitze der deutschen Gemeinden marschieren. Gab es doch im Jahre 1914 in Charlottenburg 18 708 Beitragspflichtige zum Wehrbeitrag, die ein beitragspflichtiges Vermögen von 3 668 757 904 Mark und ein beitragspflichtiges Einkommen von 150 829 885 Mark zu verzeichnen hatten. 639 Millionen hatten zusammen ein

Vermögen von 1 353 498 345 Mark, darunter 7, die 114 614 690 Mark besaßen. Außerdem gab es noch 1040 Rentisten mit einem Vermögen von je 500 000 Mark bis 1 000 000 Mark, zusammen mit 725 Millionen Mark. Die Veranlagung des Wehrbeitrages hatte ein Ergebnis von 27 889 545 Mark. Mit solchen leistungsfähigen Steuerzahlern wird Charlottenburg die Kosten des Krieges zu tragen vermögen. Aber auch für eine so reiche Gemeinde ist es keine Kleinigkeit, daß schon im Jahre 1914, obwohl nur 5 Kriegsmomente in Betracht kommen, ein Steueranfall gegenüber dem Voranschlage von 1 028 271 Mark eingetreten ist. Und zwar ist die Gemeindecinkommensteuer um 632 278 Mark, die Offiziersabgabe um 42 550 Mark, die Gemeindegrundsteuer um 29 084 Mark, die Umsatzsteuer um 331 842 Mark, die Gewerbesteuer um 81 921 Mark, die Warensteuer um 7364 Mark, die Betriebssteuer um 1795 und die Hundesteuer um 10 450 Mark hinter den veranschlagten Betrag zurückgeblieben. Die kommunalen Betriebe ergaben 1 288 212 Mark weniger Reingewinn. Die Gaswerke brachten einen Reingewinn von nur 1 837 200 Mark, gegenüber 2 652 214 Mark im Vorjahre. Der Gasabfall ist um 5,28 Prozent zurückgegangen. Der Bezug englischer Kohle hat seit Kriegsausbruch aufgehört; zur Aufrechterhaltung des Betriebes mußten oberflächliche und westfälische Kohlen vergast werden, die sich wesentlich teurer stellen. Auch die Einnahmen des Elektrizitätswerkes sind zurückgegangen. Der Gemeindehaushalt schloß deshalb mit einem Fehlbetrag von 1 170 656 Mark, während sich in den vorhergehenden Jahren fast ebenso große und noch größere Überschüsse ergaben haben.

Das ist das Ergebnis der ersten 5 Kriegsmomente, die sicher noch die besten waren. Die Jahre 1915 und 1916 werden wesentlich größere Ausfälle in den Einnahmen aufzuweisen haben. Nicht in Rechnung gestellt sind hier die Ausgaben für die Kriegsfürsorge, die durch Anleihen gedeckt werden müssen und also die Schuldenlast und den Schuldendienst erhöhen. Das reine Vermögen (nach Abzug der Schuldenlast) von Charlottenburg betrug im Jahre 1914 noch 47 333 421 Mark gegen 47 394 768 Mark im Jahre 1913. Es hat also um 61 347 Mark abgenommen. Das ist nicht viel, aber die früheren Jahre brachten stets eine Zunahme von mehreren Millionen. Und die großen Kriegskosten treten erst in den folgenden Jahren auf, so daß selbst die reiche Stadt Charlottenburg ihr Reichtum ganz oder doch im wesentlichen aufbrauchen kann, wenn der Krieg noch lange dauert! Wie wird es aber nun erst den armen Gemeinden ergen, die kein großes Vermögen vor dem Kriege besaßen und keine so reichen Steuerzahler haben, wie Charlottenburg?

Krankenkassen und Aerzte.

Die fünf großen Verbände der deutschen Krankenkassen — so berichtet das „Berl. Tageblatt“ — veröffentlichen eine gemeinsame Rundgebung zum Berliner Abkommen zwischen den Ärzten und Krankenkassen. Danach würden die Kassen bestrebt sein, das Abkommen aufrechtzuerhalten, aber sie müßten unbedingten und nicht begründeten Forderungen der Aerzte entschieden entgegenzutreten. Darüber wird des näheren ausgeführt:

„Das Berliner Abkommen erhält den bisherigen Besitzstand der verschiedenen Arztstufen. Die Einführung der freien Arztwahl gegen den Willen der Kasse ist daher abzulehnen.“

Bei der Bezahlung der Aerzte sind übertriebene hohe Forderungen zurückzuweisen. Unbedingt zu verwerfen ist die Forderung, das Gesamthonorar an die Ärztevereinigungen zu zahlen zur Verteilung an die einzelnen Aerzte.

Das Berliner Abkommen geht von dem Einzelvertrage aus. Der Vertragsschluß mit örtlichen Ärztevereinigungen — Kollektivvertrag — kann daher nicht verlangt werden, gleichviel welches Arztstufen in Frage kommt. Die Verantwortung, die die einzelnen Aerzte der Krankenkasse gegenüber haben, wird nur durch den Einzelvertrag gesichert. Aus diesem Grunde dürfen auch im Berliner Abkommen nicht bezeichneter Verwaltungs-, Prüfungs- oder andere Ausschüsse, die zur Durchführung des Arztvertrages für zweckmäßig erachtet werden, nur im beiderseitigen Einvernehmen vorgesehen werden. Hierbei ist davon auszugehen, daß sie im Sinne des Berliner Abkommens grundsätzlich paritätisch zusammengesetzt sein sollen.“

In einer weiteren Erklärung wenden sich die Krankenkassenverbände gegen das Uebermas an Zeitfragen und Kommentaren auf dem Gebiete der Reichsversicherung.

Vereinsrecht und Belagerungszustand.

Sind Vorstandssitzungen anmeldepflichtig? Mit dieser Frage hatte sich die Preussische Strafkammer als Berufungsinstanz beschäftigt. Im April d. J. hatte der Parteisekretär des Sozialdemokratischen Vereins, Reimann, eine Funktionärsitzung einberufen, um über geschäftliche Dinge zu beraten. Es sollte über die Einberufung einer Kreisgeneralsversammlung beraten werden. Unter dem Punkte Verschiedenes wurde dann eine Resolution eingebracht, die den Hauptvorstand in Berlin aufforderte, zu der im Haag stattfindenden Friedenskonferenz einen Delegierten zu entsenden, um dadurch eine internationale Verständigung zur Herbeiführung eines baldigen dauernden Friedens zu erreichen. Durch irgend einen Zufall kam der Wortlaut der Resolution, die nur für den Parteivorstand bestimmt war, in den redaktionellen Teil des „Volksblattes“. Der Jenfer streich die Resolution und die Polizei erklärte dann in der Zusammenkunft eine Versammlung. Wegen Verstoßes gegen das Belagerungsgesetz in Verbindung mit einem Korpsbefehl mußte sich A. dann vor dem Schöffengericht verantworten. Der Korpsbefehl verlangt nur eine Anmeldung von Versammlungen und nicht von Vorstandssitzungen. A. erklärte, daß es sich lediglich um eine solche Sitzung gehandelt habe. Laut vorliegendem Statut sind die Funktionäre als zum Vorstand gehörig zu betrachten und gehören zum eigentlichen erweiterten Vorstand. A. erklärte damals auch, daß rein zufällig die erwähnte Resolution vorgelesen wurde. Im übrigen würde er auch die Sitzung nicht angemeldet haben, wenn er gewußt hätte, daß eine derartige Resolution vorgelesen würde. Die Vorstandssitzungen eines politischen Vereins müßten sich notgedrungen auch mit politischen Gegenständen befassen.

Das Schöffengericht sprach damals den Angeklagten frei. Es habe sich um eine Sitzung und nicht um eine Versammlung gehandelt. Vor der Strafkammer beantragte der Staatsanwalt eine Geldstrafe von 15 Mark. Es handelte sich um eine Versammlung und nicht um eine Sitzung. Nach sehr langer Beratung hob die Strafkammer das erste Urteil auf und verurteilte A. zu 15 Mark Geldstrafe. In der Begründung wurde ausgeführt: A. hätte die „Versammlung“ anmelden müssen. Zum mindesten hätte er verhindern müssen, daß eine derartige Resolution eingebracht und angenommen wurde. Die Resolution sei jedoch schon vorher vorbereitet worden. Dem Angeklagten sei es dann sicher klar geworden, daß er verbotswidrig gehandelt habe. — Im Zusammenhang hiermit ist interessant, daß der Minister des Innern auf eine Beschwerde der Liberalen geantwortet hat, die Dörfliche Polizei finde sich in einem Irrtum in der Auslegung des angelegenen Korpsbefehls. In der Angelegenheit A. soll Revision eingelegt werden.

Dermishte Kriegsnachrichten.

Die die „Deutsche Tageszeitung“ mitteilt, hat Professor Tohmann (Ringen) die Verleumdungslage gegen Professor Valentin in der bekannten Angelegenheit angeht.

Die Pariser Zeitschrift „La Renaissance Juif“ wurde wegen eines Artikels über die Lage der Juden in Rumänien beschlagnahmt.

Vom außerordentlichen Kriegsgericht in Kiel wurde die Witwe Handt und deren Tochter Erna wegen Landesverrats zu je 15 Jahren Zuchthaus, die zweite, erst 14jährige Tochter Luise zu 1 Jahr Festungshaft verurteilt. Die Verhandlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Kriegsge Getreidebeschaffungen sind der „Volkschen Zeitung“ zufolge in der Stadt und Provinz Kosen aufgedeckt worden. Ob diese Schiebung, die einen Umsatz von Hunderttausenden von Mark erreicht haben, irgendwie mit den in Westpreußen verübten zusammenhängen, sei noch nicht festgestellt.

Aus der Partei.

Reichskonferenz der Jugendbezirksleitungen.

Die „Arbeiter-Jugend“ berichtet: Vielfachen Anteilungen aus Jugendleiterkreisen entsprossend, hat die Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands die Bezirksleitungen zu einer Konferenz eingeladen, die kürzlich in Berlin abgehalten wurde. 33 Bezirke, sowie das Jugendbureau für Rheinland-Westfalen waren vertreten. Die Zentralstelle war vollständig erschienen. Die allgemeine Aussprache wurde eingeleitet durch zwei informativische Referate über unsere Jugendbewegung in der Kriegszeit. An Hand der statistischen Erhebungen der Zentralstelle entwarf der Sekretär der Zentralstelle, Genosse Peters, ein Bild von der Entwicklung unserer Jugendbewegung in der Kriegszeit. Er kam zu dem Schluss, daß der tatsächliche Stand der Bewegung weit günstiger sei, als der gedruckte Bericht der Zentralstelle zum Ausdruck bringt, da eine beträchtliche Anzahl von Jugendauschüssen, die tüchtige Arbeit geleistet hatten, von der Statistik nicht erfasst werden konnte. In Berücksichtigung der schwierigen Zeitumstände sei der Stand der Bewegung nicht ungünstig. Der Redner besprach dann eingehend die Tätigkeit, die die Zentralstelle während der Kriegszeit entfaltet hat. Genosse Korn, der das zweite Referat hielt, legte die Grundzüge dar, nach denen sich die Redaktionsführung der „Arbeiter-Jugend“ während der Kriegszeit zu richten hatte, und behandelte im Zusammenhang damit die oppositionellen Bestrebungen, die sich neuerdings in der Bewegung bemerkbar gemacht haben. In der Diskussion, die sich bis zum Abend hin zog, wurde von nahezu sämtlichen Teilnehmern die Auffassung bestätigt, daß sich unsere Bewegung unter diesen außerordentlich ungünstigen Verhältnissen besser gehalten habe, als erwartet werden konnte. Die oppositionellen Bestrebungen wurden, mit Ausnahme von zwei Rednern, von sämtlichen Teilnehmern, die den verschiedensten Richtungen der Partei angehörten, entschieden zurückgewiesen, und es wurde allgemein die Auffassung vertreten, daß der alte, durch Parteitag und Generalkonferenz festgelegte Kurs unserer Jugendbewegung beizubehalten sei. Die weitere Aussprache betraf die Mittel und Wege, wie die Aktion für unsere Bewegung und die Werbearbeit für die „Arbeiter-Jugend“ wirksam zu fördern sei. Für die Zusammenfassung und die Tätigkeit der Bezirksleitungen wurden von der Zentralstelle Richtlinien vorgeschlagen, die die Konferenz gegen 2 Stimmen gutheiß. Den Bezirksleitungen wurde aufgegeben, über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage der jugendlichen Arbeiter, die vielfach überaus traurig sei, Material zu sammeln und der Zentralstelle einzusenden. So konnte denn am Schluß der Konferenz deren Vorsitzender, Genosse Ebert, feststellen, daß in allen wichtigen Fragen, insbesondere auch über die Schließlichkeit der sogenannten Jugendopposition, unter sämtlichen Teilnehmern, zwei ausgenommen, volle Einmütigkeit geherrscht habe. — Ein ausführlicher Bericht über die Verhandlungen wird den Jugendauschüssen übermittelt werden.

Der Leiter der Zentralstelle für die arbeitende Jugend, Genosse Heinrich Schulz, ist zum Seeresdienst einberufen worden.

Die „Arbeiter-Jugend“, das ausgezeichnete Organ unserer freien Jugendbewegung, hat nach den schweren Verlusten im Kriegsanfang das zweite Kriegsjahr verhältnismäßig gut überstanden; sie hat einen Abnehmendenstand von über 50 000 beibehalten. Die übrigen Zahlen des Berichts über die Tätigkeit der Arbeiterjugend, die in der neuesten Nummer des Blattes wiedergegeben sind, geben ein ganz zuverlässiges Bild der wirklichen Lage, weil eine Anzahl von Jugendauschüssen, die fleißig gearbeitet haben, gleichwohl der Pflicht der Berichterstattung nicht rechtzeitig nachgekommen sind. Im allgemeinen hat die Jugendbewegung natürlich unter der Einberufung vieler älterer Jugendleiter zum Seeresdienst arg gelitten, und die Verordnungen der stellvertretenden Generalkommandos oder Polizeibehörden, welche der Jugend das Ausgehen am Abend verboten, haben ihr manderorisch die Erfüllung ihrer regierunglichen Aufgaben fast unmöglich gemacht. Aber trotz aller Tücken und Schwierigkeiten hat sie sich infolge ihrer inneren Lebenskraft gut behauptet.



Trustfrei

„Unsere Marine“

Zigarette

2 1/2 Pfg.

einschließlich Kriegsaufschlag

Trotz Steuererhöhung

behalten unsere Zigaretten ihre alten anerkannten Qualitäten!

Georg A. Jasmatzki Aktien-Gesellschaft

Genossen! Agitiert für Euer Blatt!

Krieg und Frieden!

Sonntag den 1. Oktober, nachmittags 4 Uhr, im Ostpark:

Große öffentliche Volks-Versammlung für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung: Krieg und Frieden.

Referenten:

Landtagsabgeordneter **Otto Braun** (Berlin) Reichstagsabg. **Dr. Gradnauer** (Dresden)
Stadtverordneter **Ed. Gräf** (Frankfurt a. M.) Reichstagsabg. **Hermann Müller** (Berlin)
Rechtsanwalt **Dr. Sinzheimer** (Frankfurt a. M.) Reichstagsabg. **Dr. Quarek** (Frankfurt a. M.)

Es wird von sechs Tribünen zu gleicher Zeit gesprochen.

Eintritt 10 Pfg. pro Person.

Die bereits ausgegebenen, auf den 10. September lautenden Eintrittskarten behalten ihre Gültigkeit.
Bei Vorzeigung der Eintrittskarte wird der (die) Inhaber(in) am 1. Oktober 1916 auf allen Linien der städtischen Straßenbahn Frankfurt a. M. — ohne Rücksicht auf die Entfernung — von oder nach dem Ostpark gegen Lösung eines 10-Pfennig-Fahrcheines befördert. Auf den Strecken der städtischen Waldbahn zahlt Inhaber für jede Fahrt — ohne Rücksicht auf die Entfernung — 15 Pfennig.

Um recht zahlreichen Besuch bittet

Der Einberufer.

Heute eingetroffen:

Mittel-Schellfische . Pfund **102** 1590

Geräuch. Schellfische Pfund **160** 1590
Schellfische in Gelee Pfund **130** 1590
Kron-Sardinen . . . Pfund **140** 1590

Bouillonwürfel . . 5 Stück **19** 1590

Planton
Fleischbr.-Ers.-Würfel 4 Stück **10** 1590

Kriegs-Sparmischung
mit 25 % Bohnenkaffee **70** 1590
mit 10 % Bohnenkaffee **45** 1590

Latschas Kornkaffee . Pfund **38** 1590
Latschas Senta-Malzkafee Pfund **53** 1590

Oppenheimer Flasche m. **140** 1590
Niersteiner Flasche mit **150** 1590

Städtische Tomaten Pfund **35** 1590
Kochäpfel Pfund **20** 1590
Rotkraut . Pfund **14** 1590
Zwiebeln . Pfund **16** 1590

J. Latscha

Verkaufsstellen in allen Stadtteilen

Von der nächsten Auszahlung der Familienunterstützungen ab erfolgt die Aushändigung der Anweisungen in der **Römerhalle und der alten Börse** nicht mehr nach den Anfangsbuchstaben der Kriegsteilnehmer, sondern nach den **Nummern der Ausweisarte**, die jeder Unterstützungsberechtigte in Händen hat.

Es werden stets
am 1. Zahltag die Nummern 1—1500
" 2. " " " 1501—3000
" 3. " " " 3001—4500
" 4. " " " 4501—6000

ausgegeben.
Den Ausgabestellen sind für die einzelnen Tage nur die Anweisungen in der bezeichneten Nummernfolge übergeben.
Es ist daher ausgeschlossen und unmöglich, daß Anweisungen mit anderen Nummern abgegeben werden können.
Frankfurt a. M., den 25. September 1916.

Städtische Unterstützungskommission.

Kauf alle Möbel
Betten, ganze Einrichtungen.
Seligmann, Töngesgasse 14
Telephon Santa 6125. 747

„AL“
Beste Dauer-Hochglanz-Schuh-Creme
der vollendete Schuhputz.
General-Vertreter 1427
für Frankfurt a. M. a. Umgeb.
W. Brückmann, Oeder Weg 65.

Herrenstoffe
fabrikant billig.
L. Schmidt, 25 Zoll 35.

Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten
Von Dr. Ernst Gebert
Spezialarzt für Haut- und Geschlechtskrankheiten in Berlin
Vierte verbesserte Auflage
Preis 50 Pfennig
Ungekürzte Volksausgabe 20 Pfg.
Buchhandlung Volksstimme
Frankfurt a. M.
Großer Hirschgraben 17. 33

Herrenkleider
werden preiswert mit und ohne Stoff angefertigt, ferner fertige Herren-, Jünglings- und Knaben-Anzüge, Hosen extra, preisw. abzugeben. Berger Str. 107, L. Herrenkleidererei S. Maier

Zementtöpfe
jedes Quantum losfrei und tel. quel faust 1585
Richard Kemperdick
Zedfabrik Neuss a. Rh. 45.

2 Grammophonplatten, auch 2 Grammophonplatten z. laut. gei. 1499 **Osteroode, Albrechtstr. 12.**

Tüchtiger Hodenarbeiter, Hosen- u. Westenmacher
in oder außer dem Hause sucht sofort
Zivil- und Uniformschneider
Heinrich Noll, Höchst a. M.

2 Maschinisten
für Lokomobildetrieb zum Pumpen mit Kessel und Fußometer 1801
sofort gesucht.
H., W. & A. Eurich
5 Villbelerstrasse 5.

Frisch vom Seeplatz eintreffend: 1590

Mittel-Schellfische Pfd. **102** 1590

Ferner empfehlen wir, solange Vorrat reicht:
Schellfisch in Gelee . . . Pfund **140** 1590
la Sardellen 1/4 Pfund **58** 1590
Feinster Rauchfisch Pfund **190** 1590
Ersatz für Dörrfleisch! Fast grätenlos, in kalter und warmer Zubereitung genießbar.

Trocken-Vollmilch, 40 Gramm - Paket **32** 1590
Zur Bereitung von Trinkmilch, als Zusatz zu Getränken und für alle Backzwecke.

Puddingpulver Paket **24** 1590
Puddingpulver, deutsche Fabrikate, 3 Pak. **50** 1590

Für Einmachzwecke:
Feinst. Weinessig, lose abgemessen **38** 1590
Margarita-Einmachessig, Literflasche mit Glas **88** 1590
Salizyl-Papier Rolle **18** 1590
Salizyl-Pulver Paket **10** 1590

la Apfelwein
hell 1/2 Flasche **42** 1590 Export 1/2 Flasche **44** 1590
Trauben Pfund **80** 1590
Zitronen Stück **16** 1590
Zwiebel Pfund **16** 1590

Schade & Füllgrabe

Sind Augengläser schädlich?
Nur, wenn sie nicht sitzen, nicht passen oder verkratzt sind. Ein schief hängendes Bild ist den meisten Menschen ein Brenner; aber wenn deren Gläser in unangenehmer Stellung vor den Augen sitzen, so finden sie nichts dabei. Doch können darunter die Augen leiden. Meist wird dadurch Ermüdung und Nervosität begünstigt. Sogar die Gläser selbst, so ist dies ebenso nachteilig, als wenn sie schlecht passen. Aber häßlich und schädlich sind verschrammte Gläser, die nicht mehr passen und nicht sitzen. Wir haben elegante, feine und gut sitzende Augengläser, deren Stellung vor den Augen Sie sich ein Paar neue D. J. Gläser in Ihre alte Fassung setzen lassen. Wir richten Ihnen dann das alte Gestell, wenn irgend möglich, genau gerade und sorgen gewissenhaft für schönen Sitz. Wir garantieren für passende Gläser sowie für guten Sitz und für die Haltbarkeit der Fassung. Ihr Augenlicht ist unerlässlich. Bringen Sie es nicht in Gefahr, nur um eine kleine Ausgabe für neue Gläser zu eripen. Auch unseren D. J. Fabrikat führen wir auch alle anderen Anseher, Brillen und Gläserarten zu billigen Preisen. Unsere Spezialität ist ein moderner Anseher ohne Einfassung in Double mit Gläsern und Gestellen zu 7,50; derselbe ist in unseren Schaukästen ausgestellt.

01402

Orthozentrische Kneifer G. m. b. H., Sprengel.